

Vorschau auf die Landratssitzung vom 12. Januar 2023

An der ersten Sitzung des neuen Jahres berät das Baselbieter Kantonsparlament unter anderem über Gratis-ÖV für Lernende der kantonalen Verwaltung, über die Rechte Behinderter, die Meldepflicht für Hanfanbau und die Bus-Erschliessung von Aesch Nord.

Mit der **Petition «Finanzierung des ÖV-Abonnements durch den Arbeitgeber Kantonale Verwaltung Basel-Landschaft für Lernende»** verlangen 46 Lernende der kantonalen Verwaltung Basel-Landschaft, dass das TNW-Umweltschutzabonnement (U-Abo) für alle Lernenden der kantonalen Verwaltung vom Arbeitgeber finanziert werde, denn ab dem 1. Januar 2023 erhalten auch alle übrigen Mitarbeitenden des Kantons einen Beitrag an das TNW-Abonnement. Von der genannten Aktion können Lernende mit einem Junior-Abo aber nicht profitieren, obwohl für sie eine finanzielle Unterstützung wegen der eher tiefen Lehrlingslöhne sehr wichtig wäre. Das Anliegen der Petentinnen und Petenten war sowohl in der Petitionskommission als auch bei der zuständigen Finanz- und Kirchendirektion und beim Gesamtregierungsrat unbestritten. Die Kommissionsmitglieder sind der Ansicht, dass die geschätzten Mehrausgaben von jährlich rund CHF 80'000 finanziell tragbar seien. Zudem könnte dieser Benefit für die Auszubildenden dazu beitragen, den Kanton auf dem Arbeitsmarkt als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. – *Die Petitionskommission beantragt dem Landrat einstimmig, von der Petition zustimmend Kenntnis zu nehmen und diese mit dem Auftrag an den Regierungsrat weiterzuleiten, dem Anliegen baldmöglichst zu entsprechen. (Traktandum 3, zum Geschäft)*

Beim **Gesetz über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** (Behindertenrechtsgesetz BL, BRG BL) handelt es sich um den **Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative «Für eine kantonale Behindertengleichstellung»**. Das BRG BL bietet einen verbindlichen Rahmen für das Handeln des Kantons bei Einzelanliegen im Bereich der Behindertengleichstellung, wobei auch die Gemeinden und Träger öffentlicher Aufgaben sowie Anbieter öffentlich zugänglicher Leistungen miteinbezogen werden. Es wird mit einmaligen Ausgaben für die Jahre 2024 und 2025 in Höhe von CHF 142'000.– und wiederkehrenden Ausgaben ab dem Jahr 2024 von CHF 2'613'000.– gerechnet. Darin enthalten sind 3,8 Stellen. Davon sind 1,3 Stellen für eine Anlaufstelle für Behindertenrechte vorgesehen. – *Die vorberatende Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beurteilt den Gegenvorschlag mit dem BRG BL als insgesamt gute Lösung und beantragt mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss. (Traktandum 4; zum [Geschäft](#))*

Bei der **Regulierung des Hanfanbaus** im Kanton nimmt die Justiz- und Sicherheitskommission eine andere, etwas strengere Haltung ein als der Regierungsrat: Dieser lehnt eine Meldepflicht für solche Pflanzungen ab, wie er in der Antwort auf einen entsprechenden Vorstoss aus dem Landrat festhält; er schlägt aber vor, die einschlägigen Vollzugsbestimmungen zu verbessern, um die aktuellen Schwierigkeiten der Strafverfolgungsbehörden zu entschärfen. Die Justiz- und Sicherheitskommission hingegen beantragt dem Landrat, eine Meldepflicht einzuführen *und* den Regierungsrat zu beauftragen, Vollzugsbestimmungen für die Kontrolle des Anbaus von Hanf zu vorzulegen. Diese Bestimmungen, so wurde in der Kommission betont, müssten aber den rechtsstaatlichen Standards genügen. – *Die vorberatende Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum von ihr geänderten Landratsbeschluss. (Traktandum 5; zum [Geschäft](#))*

Das Postulat 2017/311 «**Buserschliessung von Aesch Nord**» verlangt vom Kanton eine Prüfung, wie das Gebiet Aesch Nord mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden kann. Mit dem 10. Generellen Leistungsauftrag im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2026–2029 (GLA) erfolgt eine Prüfung der Erschliessung, Deshalb soll erst im Rahmen der Beratung des GLA über die Abschreibung des Postulats entschieden werden. – *Die vorberatende Bau- und Planungskommission beantragt dem Landrat einstimmig die Rückstellung der Vorlage. (Traktandum 6; zum [Geschäft](#))*

An der Sitzung sind ausserdem zahlreiche Vorstösse zu verschiedenen Themenbereichen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.